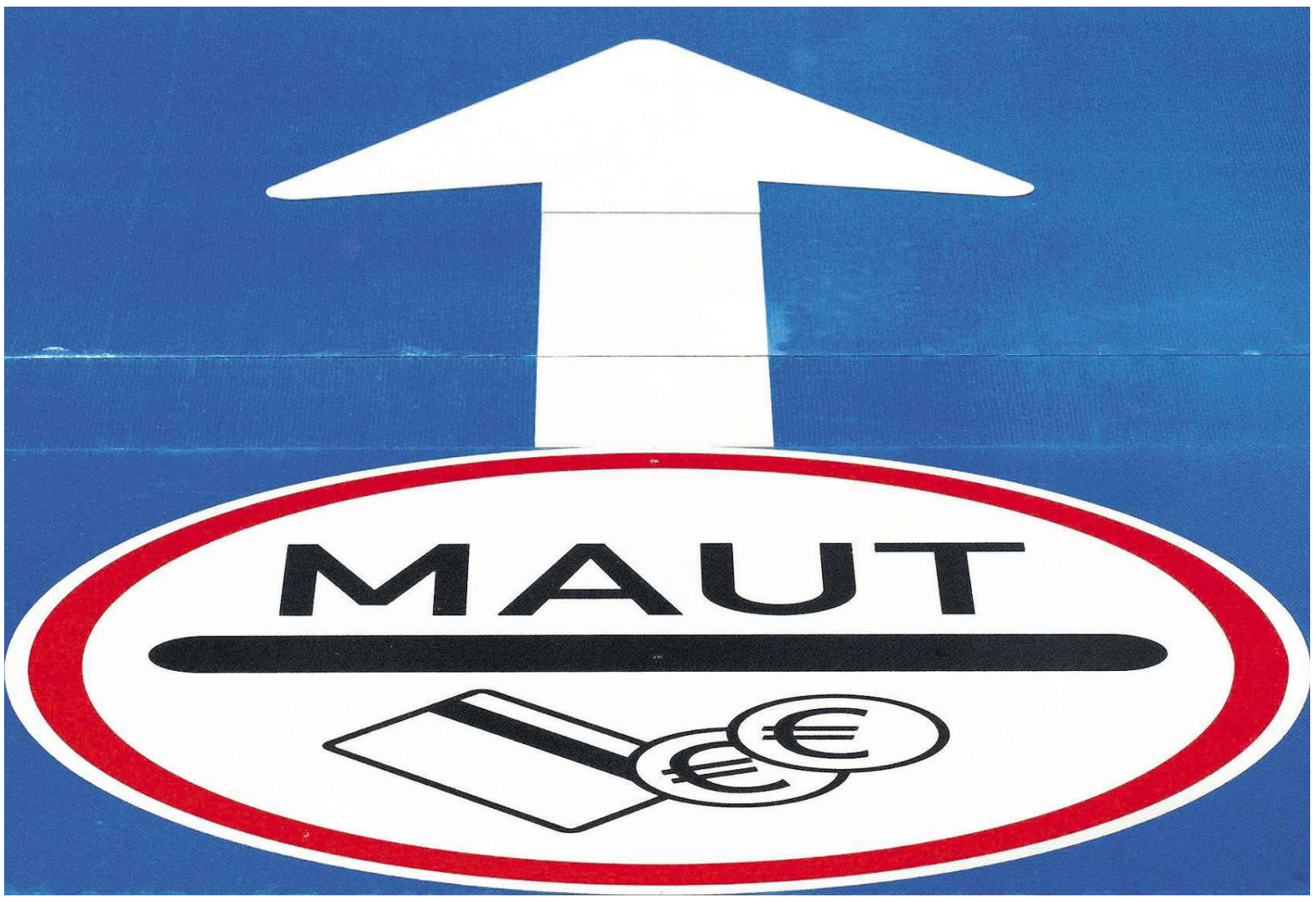
# Kommen Schweizer um Maut herum?

**VERKEHR** Ausländer sollen für die Benutzung deutscher Autobahnen ab kommendem Jahr bezahlen. Die Pläne für die PKW-Maut der deutschen Regierung wurden von der Opposition aber zerpflückt.




Die von der deutschen Bundesregierung geplante Strassenverkehrsabgabe für Ausländer sorgt auch in der Schweiz für Kopfschütteln.
Keystone

CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN
christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch

«Dieses Gesetz gehört nicht ins Parlament, sondern in den Papierkorb» oder: «Dieses Vorhaben ist eine in Gesetzesform gegossene Stammtischparole.» Und zu guter Letzt: «Maut und Minister gehören schnellstens aus dem Verkehr gezogen!» Diese Verbalgeschosse stammen von Politikern der Grünen und der Linkspartei – abgefeuert wurden sie gestern im Deutschen Bundestag.

Adressat war Verkehrsminister Alexander Dobrindt. Der CSU-Mann hat gestern seine Pläne für die PKW-Maut vorgestellt. Die Maut hat es im Herbst 2013 in die Regierungsvereinbarung der Grossen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD geschafft – auf Drängen von CSU-Chef Horst Seehofer, der im Wahlkampf mit der Maut kräftig Stimmung machte.

### Nur Ausländer sollen zahlen

Laut den Plänen Dobrindts wird ab 2016 die Benutzung von Bundesstrassen und Autobahnen für Deutsche kostenpflichtig. Ausländer sollen lediglich auf Autobahnen bezahlen. Anders als in der Schweiz, wo die Vignette fix 40 Franken pro Jahr kostet, will Deutschland ein abgestuftes Modell einer elektronisch erhobenen Maut einführen: 10 Tagesvignetten für 10 Euro, 2-Monats-Vignetten für 22 Euro und die 1-Jahres-Vignette für maximal 130 Euro. Wer einen umweltfreundlichen Kleinwagen fährt, kommt bei der Jahresvignette sogar deutlich günstiger weg. Weil die CSU versprochen hat, dass Inländer durch die Maut nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden, wird den Deutschen der fällige Maut-Betrag von der jährlichen Strassenverkehrsabgabe abgezogen.

Unter dem Strich bezahlen also bloss die Ausländer – und genau hier fangen die Probleme an: Die EU-Kommission wittert wegen dieser Ungleichbehandlung von Ausländern einen Verstoss gegen das geltende EU-Recht. Die EU-Kommission hat deshalb angekündigt, die deutsche Maut erst nach Verabschiedung des Gesetzes genauer unter die Lupe zu nehmen. Gemäss Fahrplan muss der Bundestag, in dem die Grosse Koalition eine satte Mehrheit besitzt, das Gesetz im März absegnen.

### Was unter dem Strich übrig bleibt

Doch der mögliche Konflikt mit der EU ist nicht das einzige Problem der Maut. Berechnungen zufolge droht die Maut sogar zu einem Minusgeschäft zu werden: Dobrindt rechnet mit jährlichen Mehreinnahmen von 500 Millionen Euro durch die Maut. Sogar Finanzminister Wolfgang Schäuble hat diese Kalkulation vor wenigen Monaten in Frage gestellt. Eine im Auftrag des deutschen Automobilclubs ADAC veröffentlichte Studie kommt nun ebenfalls zu deutlich geringeren Einnahmen. Weil die Einrichtung der Maut viel Geld für die Bereitstellung entsprechender Infrastruktur verschluckt, bliebe am Ende – wenn es gut geht – gerade nichts übrig. Dobrindt betonte gestern allerdings, die Einnahmen seien mit 500 Millionen Euro sehr defensiv berechnet.

Gestritten wird darüber hinaus über die Frage, ob es sich bei der Maut um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt. Dann hätte die Länderkammer – der Bundesrat – das Vetorecht. Bei den Bundesländern kommen die Pläne der CSU allerdings schlecht an. Vor allem Bundesländer in den grenznahen Gebieten zu Belgien, Holland oder der Schweiz befürchten, dass wegen der Maut die wichtigen Tagestouristen ausblieben. Immerhin hat CSU-Minister Dobrindt auf Druck der deutschen Bundesländer bereits Kompromissbereitschaft signalisiert. Autobahnabschnitte bis 30 Kilometer ins Bundesgebiet hinein sollen von der Maut-Pflicht ausgenommen werden.

### Kritik aus der Schweiz

Kritik an den deutschen Maut-Plänen wurde auch schon in der Schweiz laut. SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner bezeichnete das geplante Gesetz im letzten Herbst als «diskriminierende Geldbeschaffungsmassnahme». Auch Verkehrsminister Doris Leuthard hält das vorgeschlagene Finanzierungsmodell für unglücklich. Allerdings signalisierte ihr Departement in einer Antwort auf eine Interpellation des Nidwaldner SVP-Nationalrates Peter Keller, dass sich die Schweiz ein ähnliches Modell vorstellen könnte – sollte die EU-Kommission die PKW-Maut in Deutschland absegnen. Den Schweizern würde der Vignettenbetrag dann einfach bei der kantonalen Motorfahrzeugsteuer abgezogen.

# Juden sollen nicht mehr die Kippa tragen

**ANTISEMITISMUS** Der Zentralrat der Juden in Deutschland rät, auf der Strasse auf Kopfbedeckung zu verzichten. Damit stösst er auf Verständnis.

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hat gestern mit einem Appell für Schlagzeilen gesorgt: Die Gefahr vor Übergriffen gegen Juden sei nach den jüngsten Anschlägen von Kopenhagen und Paris besonders gross. Juden sollen in überwiegend von Muslimen bewohnten Stadtvierteln deshalb auf das Tragen der Kippa – der Kopfbedeckung männlicher Juden – verzichten. Die Frage sei, «ob es tatsächlich sinnvoll ist, sich in Problemvierteln, in Vierteln mit einem hohen muslimischen Anteil, als Jude durch das Tragen der Kippa zu erkennen zu geben – oder ob man da besser eine andere Kopfbedeckung trägt», sagte Schuster in einem Radiointerview. Er bezeichnete die Entwicklung in Deutschland als erschreckend.

### Hohe Dunkelziffer befürchtet

Auch die Bundesregierung stuft die Gefährdungslage für Juden nach den Anschlägen von Paris und Kopenhagen als hoch ein. «Die Gegner unserer Demokratie werden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft», versprach Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Die Zunahme antisemitischer Straftaten schlägt sich deutlich in Zahlen nieder. 2013 wurden 788 antisemitische Straftaten registriert – im letzten Jahr waren es 1076. Experten rechnen mit einer hohen Dunkelziffer.

### Verständnis bei Schweizer Juden

Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), will den Appell des Zentralrates der Juden in Deutschland nicht bewerten. Kreutner hält es für bedenklich, dass es gefährlich sein könne, offen zu seiner Religion zu stehen. Aber: «Sicherheit geht vor, deshalb ist der Aufruf nachvollziehbar. Der SIG selbst richtet sich nicht mit einer ähnlichen Empfehlung an die Juden in der Schweiz.» Allerdings beobachtet auch der SIG eine zunehmende Verunsicherung der Juden in der Schweiz, öffentlich zu ihrer Religion zu stehen. «Wir erhalten immer wieder Rückmeldungen von Schweizer Juden, die nicht mehr bereit dazu sind, die Kippa in der Öffentlichkeit zu tragen.»

CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN
nachrichten@luzernerzeitung.ch

# Ukraine zieht schwere Waffen von Front ab

**KRIEG** Die ukrainische Armee hat begonnen, Artilleriewaffen von der Front abzuziehen. Trotzdem droht der Konflikt andernorts zu eskalieren.

sda. Fast zwei Wochen nach Inkrafttreten der Waffenruhe im Kriegsgebiet Donbass hat das ukrainische Militär nach langem Zögern mit dem Abzug schwerer Waffen begonnen. Der Rückzug der Militärtechnik ist ein zentraler Punkt des Minsker Friedensplans für die Ostukraine. Unter Aufsicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) würden demnach 100-Millimeter-Kanonen abtransportiert, sagte gestern ein Militärsprecher. Das sei der «erste Schritt beim Rückzug der schweren Waffen». Die prorussischen Separatisten hatten bereits vor zwei Tagen den Rückzug von schwerem Gerät aus der Ostukraine eingeleitet. OSZE-Beobachter hatten dies aber nicht bestätigt.

### Kämpfer bleiben vor Ort

Die ukrainische Führung hatte den Abzug der Geschütze tagelang abgelehnt, weil die am 15. Februar dieses Jahres ausgerufene Waffenruhe brüchig sei. Eigentlich sollte dieser entscheidende Schritt für eine Deeskalation zwei Tage nach Beginn der Feuerpause einsetzen. Damit soll eine Pufferzone im Konfliktgebiet entstehen. Trotz der Verlegung der grossen Geschütze bleiben Kämpfer indes in Frontnähe bewaffnet.

Damit scheint sich abzuzeichnen, dass die anfangs nicht eingehaltene Waffenruhe zwischen Regierungstruppen und Rebellen doch noch zu Stande kommt. Allerdings warnt die Kiewer Regierung, die Separatisten würden ihre Kräfte in die Region um die Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer verlegen. Dort sei eine neue Offensive zu befürchten. Die ukrainischen Streitkräfte verblieben deshalb «in voller Bereitschaft für die Verteidigung des Landes», wie der Generalstab bekannt gab. Die Aufständischen drohten ihrerseits mit Angriffen, sollten die Waffen doch nicht verlegt werden.

### Keine Toten im Konfliktgebiet

Die Lage an der Front scheint sich seit Mittwoch derweil beruhigt zu haben. Ein Sprecher der Armee erklärte gestern, am zweiten Tag in Folge sei kein Soldat bei Kampfhandlungen gestorben. Die Einhaltung der Waffenruhe über zwei Tage hinweg war von der Regierung in Kiew als Bedingung für den Abzug der Waffen genannt worden.

# Hilfswerke schlagen Alarm

**GAZA** sda. Sechs Monate nach dem Ende des Gazakrieges schlagen rund 30 internationale Hilfsorganisationen Alarm: Der Wiederaufbau in dem Palästinensergebiet kommt ihren Angaben zufolge nicht voran. Rund 100 000 Palästinenser konnten demnach immer noch nicht in die eigene Wohnung zurückkehren; viele Menschen vor Ort lebten in diesem Winter unter erbärmlichen Bedingungen in Schulen oder anderen Notlagern, hiess es in einer gemeinsamen Erklärung, die auch von mehreren UNO-Organisationen unterzeichnet wurde.

ANZEIGE